

AVIS

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

Administration des bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : 11 européenne restreinte

Type de marché : services

Date limite de remise des plis : 15/12/2025 16:00

Intitulé : Appel à candidatures pour la conception et la réalisation d’une ou de plusieurs œuvres artistiques à intégrer sur le site. La procédure comporte deux phases distinctes :

- Description :
- Le présent appel a pour objet la conception et la réalisation d’une ou de plusieurs œuvres artistiques à intégrer sur le site.
 - La procédure comporte deux phases distinctes :
 - une 1ère phase avec un appel de candidature et une procédure de sélection de candidats
 - une 2e phase d’offre.

Critères de sélection : Les conditions de participation sont énoncées dans les documents du marché.

Conditions d’obtention du dossier : Les renseignements et conditions nécessaires à la remise d’une candidature peuvent être consultés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu). La remise électronique est obligatoire.

Réception des plis : Les dossiers de candidature sont obligatoirement et exclusivement à remettre avant la date limite du 15.12.2025 à 16:00h via le portail des marchés publics (www.pmp.lu). Seuls les dossiers conformes et complets, contenant la fiche de candidature avec la motivation artistique et le DUME, sont pris en considération.

N° avis complet sur pmp.lu : 2502784

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

Administration des bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : 10 européenne ouverte

Type de marché : travaux

Date limite de remise des plis : 15/01/2026 10:00

Intitulé : Travaux de gros oeuvre et aménagement extérieur à exécuter dans l’intérêt du projet « Bâtiment au Verlorenkost, Luxembourg – Rénovation pour le service de la protection du gouvernement ».

Description : Démontage de 3 ascenseurs, chauffage et sanitaires, mise en œuvre de siphons et caniveaux (120 ml), tubes enterrés (255 ml). Travaux de protection du bâtiment protégé et de démolition et étayage partielle (+- 300 m²), maçonneries (+- 130 m²). Travaux de terrassement (+- 1.100 m³) avec un blindage de fouille sur un côté d’un bâtiment (+- 35 ml), travaux de béton et béton armé (+- 1100 m³), travaux de construction métalliques pour une passerelle (+- 8.200 kg) reliant deux bâtiments, travaux de construction en bois pour un nouvel étage (+- 100 m³) sur un bâtiment existant. Travaux d’étanchéité, d’isolation et de drainage autour des bâtiments : travaux d’enduits (+- 850 m²), travaux aménagement extérieure (canalisation EU et EP, réseau humides et secs, finitions et alentours) avec débroussaillage et plantations.

La durée des travaux est de 250 jours ouvrables, à débiter le 2e semestre 2026. Les travaux sont adjugés à prix unitaires.

Critères de sélection : Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumission.

Conditions d’obtention du dossier : Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des plis : Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le portail des marchés publics avant la date et l’heure fixées pour l’ouverture.

N° avis complet sur pmp.lu : 2502812

INTERGLOBAL

SUDAN

Massenmord in al-Fashir

Von Manuel Störmer

Die in den „Rapid Support Forces“ zusammengeschlossenen sudanesischen Milizen haben die belagerte Stadt al-Fashir erobert und an der Zivilbevölkerung blutige Massaker mit mutmaßlich Tausenden Toten angerichtet.

Achtzehn Monate – so lange hielt die eingeschlossene und von Lebensmitteln abgeschnittene sudanesische Stadt al-Fashir einer unerbittlichen Belagerung stand. Doch am vorvergangenen Montag trat das ein, was seit Monaten befürchtet worden war: Die Stadt im Norden Darfurs, bis dahin gehalten von der sudanesischen Armee (SAF), wurde von den angreifenden „Rapid Support Forces“ (RSF) erobert. Etwa 260.000 verbliebene Zivilist*innen fielen damit in die Hände des gefürchteten Zusammenschlusses verschiedener Milizen. Menschenrechtsorganisationen und politische Analyst*innen mussten vom Schlimmsten ausgehen, hatten doch zwei Tage zuvor die RSF schon bei der Eroberung der etwa 700 Kilometer entfernten Stadt Barah Dutzende Zivilist*innen ermordet.

Seither gelangen Berichte über schwere Kriegsverbrechen und systematische Massaker an der Zivilbevölkerung al-Fashirs an die Öffentlichkeit, begangen durch Milizen der RSF. Das Ausmaß der Verbrechen und die Zahl der Todesopfer ist bisher noch unklar, vieles deutet aber darauf hin, dass es Tausende sind, möglicherweise Zehntausende. Von den 260.000 Menschen, die in al-Fashir bis zuletzt ausgeharrt und trotz monatelanger schwerer Hungersnot mit Tierfutter als letzter Nahrungsquelle überlebt hatten, flüchteten bisher nach UN-Angaben nur 62.000 Menschen. Die RSF hatten seit Beginn der Belagerung alles daran gesetzt, die Bevölkerung nicht aus der Stadt zu lassen, seit der Eroberung der Stadt unterbindet die Miliz die Flucht gänzlich und schießt auf alle, die es trotzdem versuchen. Zeugenaussagen und Satellitenaufnahmen von Blutlachen am vormaligen Verteidigungswall um die Stadt belegen das.

Von den Geflüchteten, die es seit der Eroberung bis in die nahe Stadt

Tawila geschafft haben, berichten viele von Demütigungen, Schlägen und Folter, von zahlreichen Vergewaltigungen, aber auch von vielen Erschießungen, alles begangen von den RSF. Es gibt Berichte, dass Männer bei der Flucht systematisch von Frauen getrennt worden seien und von diesen Männern seither jede Spur fehle. Angehörige befürchten daher, dass sie Opfer eines systematischen Massakers wurden, vergleichbar mit dem, das in Srebrenica im Bosnien-Krieg geschah. Satellitenbilder nach der Eroberung al-Fashirs, ausgewertet vom „Humanitarian Research Lab“ der „Yale School of Public Health“, zeigen zahlreiche Stellen innerhalb der Stadt, die auf das Vorhandensein von Leichenbergen und großen Blutlachen hindeuten. Nach WHO-Angaben wurden allein im letzten funktionstüchtigen Krankenhaus der Stadt, ursprünglich eine Entbindungsklinik, mindestens 460 Menschen getötet, viele davon waren wohl Patient*innen.

Es gilt als unwahrscheinlich, dass die reichen und gut vernetzten Vereinigten Arabischen Emirate sanktioniert werden, trotz ihrer bedeutsamen Unterstützung der RSF.

Ebenso verbreiten sich seit der Einnahme der Stadt von RSF-Kämpfern hochgeladene Videos in den sozialen Medien, die zeigen, wie jene Menschen erschießen oder mit der Tötung von Zivilist*innen prahlen. Das war selbst der RSF-Führung unangenehm, die zumindest nach außen immer abstreitet, dass ihre Kämpfer Massaker begehen. Der RSF-Anführer Hamdan Dagalo gab in einer Rede Mitte voriger Woche zu, dass es „Misshandlungen“ gegeben habe, die nun angeblich aufgearbeitet würden. Der in einigen Videos eindeutig als an Massakern Beteiligter identifizierte Brigadegeneral al-Fateh Abdul-lah Idris mit dem Kampfnamen „Abu

Das Dorf Kinin am nordöstlichen Rand der von den Rapid Support Forces eingenommenen Stadt al-Fashir im sudanesischen Darfur: Auf dem Satellitenbild ist deutlich ein von den Milizen als Belagerungsring gezogener Erdwall zu sehen.



FOTO: EPA/SATELLITE IMAGE © 2025 VANTOR

Lulu“ wurde daraufhin tatsächlich inhaftiert, bislang hatte die RSF-Führung ähnliche Abu Lulu nachgewiesene Kriegsverbrechen in Khartoum und in den Provinzen Süd- und Nordkordofan geduldet.

In seiner Rede nannte Dagalo die Eroberung al-Fashirs eine „Befreiung“, die zur „Einheit“ des Sudan und zu Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie führen werde. Man kämpfe gegen terroristische Gruppen und den „Islamischen Staat“ (IS), die dieser Einheit entgegenstünden. Tatsächlich verfestigt die Eroberung al-Fashirs die Teilung des Landes in einen westlichen Teil, gehalten von den RSF und verwaltet von einer nicht anerkannten „Regierung des Friedens und der Einheit“, und den östlichen Teil, gehalten von der sudanesischen Armee unter Militärdiktator Abd al-Fattah al-Burhan, dessen Regierung zwar internationale Anerkennung genießt, aber sich auch auf jihadistische Verbündete stützt wie die in Khartoum einflussreiche Miliz „al-Bara’ Ibn Malik“, die eng mit den Muslimbrüdern verbunden ist.

Viele derjenigen, die in al-Fashir ausharrten und nun Opfer der Verbrechen wurden, sind Angehörige von nichtarabischen darfurischen Bevölkerungsgruppen wie den Masalit, Fur, Zaghawa und anderen. Diese waren schon während des ersten Darfur-Konflikts in den 2000er-Jahren zwischen dem Staat und Rebellen Gruppen, die sich aus den Reihen der nichtarabischen Bevölkerung rekrutierten, Opfer schwerer Kriegsverbrechen wie Plünderungen, Folter, Vergewaltigungen, Vertreibungen oder Massakern geworden („Zaungast beim Massenmord“, woxx 911).

Die heutigen RSF sind ein Nachfolger der sogenannten Janjaweed-Milizen, die damals für das islamistische sudanesisches Militärregime von Omar al-Bashir die nichtarabischen Rebellen Gruppen bekämpfen sollten und dabei auf Bashirs Anweisungen hin schwerste Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung begingen. Schon zu Beginn des Konflikts zwischen den RSF-Milizen und der sudanesischen Armee ab März 2023 war es im darfurischen Geneina zu systematischen

Massenhinrichtungen durch die RSF-Milizen gekommen, mit mutmaßlich Tausenden Toten, vor allem begangen an der nichtarabischen Zivilbevölkerung. Doch Proteste im Ausland für die Menschen im Sudan seit dem Fall al-Fashirs werden fast ausschließlich von den wenigen Mitgliedern der sudanesischen Diaspora besucht, im krassen Unterschied zu den antiisraelischen Protesten der vergangenen Monate, die viele Millionen Menschen weltweit auf die Straßen gebracht hatten.

Der UN-Sicherheitsrat befasste sich erst am Donnerstag vergangener Woche in einer Dringlichkeitssitzung mit der humanitären Krise im Sudan, nachdem vier UN-Hilfsorganisationen eine Woche zuvor am 23. Oktober, also noch vor der Eroberung al-Fashirs, in einer gemeinsamen Erklärung Alarm geschlagen hatten. Während der Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrats, in der einhellig die Massaker als „Eskalation“ verurteilt wurden, entbrannte ein hitziges Wortgefecht zwischen dem Vertreter des Sudan und dem der Vereinigten Arabischen Emirate, den wohl mit Abstand wichtigsten ausländischen Sponsoren der RSF-Milizen. Der Sudan, repräsentiert von der selbst nur als islamistisch zu bezeichnenden Militärregierung, warf den Emiraten vor, durch deren Unterstützung der RSF „Aggression, schwere Kriegsverbrechen und Völkermord“ zu befördern. Die Emirate hingegen wie-

sen die Vorwürfe als „Lügen“ zurück und verwiesen neben den RSF auch auf Kriegsverbrechen des Militärs.

Nicht zuletzt dreht sich der Krieg auch um die Kontrolle des Goldabbaus im Sudan.

Der Ruf der UN nach einem sofortigen humanitären Waffenstillstand und einer erheblichen Erhöhung der bislang knappen Finanzmittel für die humanitäre Hilfe im Sudan verhallte weitgehend ungehört, auch wenn einige westliche Staaten sich seitdem dieser Forderung angeschlossen haben und geringe Mengen an Geldern für die Nothilfe im Sudan locker machten (Großbritannien sagte beispielsweise fünf Millionen Pfund zu). Ein Grund für das enorme Ausmaß der humanitären Krise in Sudan ist auch die Tatsache, dass US-Präsident Donald Trump die Aktivitäten der weltweit größten Entwicklungshilfe-Organisation USAID in diesem Jahr drastisch zusammenkürzen ließ.

Trotz der einhelligen Verurteilung des Kriegs im Sudan haben einzelne Mitgliedstaaten der UN bisher noch keine weitergehenden Sanktionen zusätzlich zu schon länger bestehenden individuellen Sanktionen gegen die Anführer der Kriegsparteien erlassen,

auch wenn diese bald folgen könnten. Dabei gilt es als unwahrscheinlich, dass die reichen und gut vernetzten Vereinigten Arabischen Emirate sanktioniert werden, trotz ihrer bedeutsamen Unterstützung der RSF und ihrer Rolle als zentraler Umschlagplatz für das Gold beider Kriegsparteien; nicht zuletzt dreht sich der Krieg auch um die Kontrolle des Goldabbaus im Sudan. Auch der ostlibysche de facto-Machthaber Khalifa Haftar, der die RSF über eine Route in der Sahara mit Waffen und Benzin versorgt und dabei gut verdient, hat wenig zu befürchten, da ihn die EU-Kommission hofiert. Deren Vertreter und die europäische Grenzschutzagentur Frontex haben erst Mitte Oktober Gespräche mit einer ostlibyschen Delegation geführt, um, wie der Sender „Euronews“ einen EU-Beamten zitiert, „die Flüchtlingsströme durch Libyen im Einklang mit den Menschenrechtsstandards zu begrenzen“. Diese Rolle hatte auch den RSF genützt, die über Umwege von Millionen an EU-Geldern profitierten, die seit 2016 für den Kampf gegen Fluchtmigration in den Sudan geflossen sind.

Manuel Störmer arbeitet als freier Journalist mit Schwerpunkt auf Libyen und den Nahen Osten.